

Ist sozial, was Arbeit schafft? Zivilgesellschaft und Soziale Arbeit

Bernhard Jirku

Die Lücken wurden im Lauf der vergangenen Jahre immer größer: Immer öfter machten sich Aufgabenbereiche bemerkbar, in denen soziale Arbeit zu verrichten gewesen wäre, die indes unerledigt blieb. Die Lage der Dinge hat sich im Lauf der vergangenen zehn Jahre eher verschlimmert als verbessert; sei es mit Blick auf öffentliche Infrastrukturen, öffentliche Daseinsvorsorge, soziale Sicherung oder auf die Fürsorge. Immer mehr Menschen benötigen bessere Entfaltungsmöglichkeiten, Unterstützung oder gar Fürsorgeleistungen.

1 | Brachliegende Aufgaben

Diejenigen, die professionell mit Arbeiten in den Branchen sozialer Dienstleistungen betraut sind, sind oft gestresst oder gar überlastet. Ihre Aufgabenfelder wurden ausgedehnt, Personal ausgedünnt, Arbeit verdichtet. Viele notwendige und sinnvolle Tätigkeiten können von ihnen nur noch hastig oder oberflächlich oder gar nicht mehr verrichtet werden. Ganze Aufgabenbereiche liegen mittlerweile brach.

Langjährig erfahrene Fachkräfte erinnern sich an Zeiten, in denen in ihren Tätigkeitsbereichen sorgfältiger gearbeitet werden konnte, für Hilfe- oder Unterstützungsbedürftige mehr Zeit verwendet werden konnte. „Früher“ ist im Lauf der Jahre unversehens zu einer „Utopie“ geworden, zum Maßstab des Abgleichs von Zuständen, in denen eine bessere Aufgabenbewältigung möglich war und auch wieder möglich werden sollte.

Kann es bei einem derartigen Mangel an sozialen Dienstleistungen ein „Zuviel“ an bürgerschaftlichem Engagement geben? Haben wir nicht vielmehr in unserer demokratischen Zivilgesellschaft zu wenig Bürgerinnen und Bürger, die sich wofür oder wogegen auch immer engagieren?

2 | Vier Schritte vor, ein Schritt zurück

Früher? Bis vor einigen Jahrhunderten zählten soziale Dienstleistungen zur Domäne der Familien und der aus Spenden finanzierten kirchlichen Barmherzigkeit, bevor sie im Zeitalter der Aufklärung zur kommunalen Aufgabe der Armenfürsorge wurden. Im Zeitalter der Industrialisierung und Säkularisierung wurden die Sozialversicherungen geschaffen, die kommunale Daseinsvorsorge bildete sich heraus und Wohlfahrtsverbände entstanden. Schrittweise löste sich die Finanzierung gemeinwohlorientierter Arbeit von un stetigen Spenden, Schenkungen und Stiftungen. Soziale Dienstleistungen erhielten ein solides Fundament, sei es über Sozialversicherungsbeiträge, sei es über Steuermittel. Verbunden damit waren Arbeitsplätze, die wengleich bescheidene so doch angesehene Existenzen ermöglichten.

Mit dem Auf- und Ausbau des Sozialstaates, dem Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft sowie der Stärkung der sozialgesetzlichen Vorsorge und des gesellschaftlichen, sozialen Ausgleichs konnte in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts ein Zustand erreicht werden, der aus heutiger Sicht schon fast als „klassisch“ angesehen werden kann: als der Zustand eines Besseren, das Kürzungsrunde um Kürzungsrunde immer mehr in Bedrängnis geraten ist.

Jetzt stehen wir seit etwa zwei Jahrzehnten mitten im Übergang von der industrieorientierten zur personenbezogenen Dienstleistungsgesellschaft, in einem Prozess der informationstechnologischen Automatisierung von Dienstleistungs- und Industrieprozessen, in einem Wandel vom „Raubbau“ zur Nachhaltigkeit.

In diesem Übergang sehen wir uns mit verschiedenen Paradoxien konfrontiert: Auf der

einen Seite bleiben immer mehr notwendige und sinnvolle Arbeiten liegen oder können nur allzu unzulänglich verrichtet werden, auf der anderen Seite heißt es, uns ginge die Arbeit aus. In Dienstleistungsbranchen wie Betreuung und Pflege sowie Erziehung und Bildung wachsen die Erwerbstätigkeitsquoten stetig, während sie in der Industrie schon seit Jahrzehnten rückläufig sind. Und obschon es auch in Zukunft um genügend Arbeit im Prinzip nicht schlecht bestellt scheint, mangelt es an einer ausreichenden Finanzierung von Zukunftsbranchen und -berufen in den Dienstleistungswelten.

3 | Ist Arbeit die Hauptsache?

Fehlgeleitet wurde die Art und Weise des Übergangs von der industrieorientierten zur personenbezogenen Dienstleistungsgesellschaft durch das auch international medial stetig verkündete Credo, Arbeit sei die Hauptsache. Parteiprogrammatisch heißt es dann, „Sozial ist, was Arbeit schafft“, im Klartext: Arbeit um jeden Preis, zu jedem Preis, egal unter welchen Bedingungen. Infolgedessen weht ein zunehmend rauerer Wind, den auch die dem Gemeinwohl verpflichtete Soziale Arbeit zu spüren bekam, herrscht eine Großwetterlage, unter deren Einfluss viele Akteure sozialer Dienstleistungen seit einiger Zeit nach Wegen suchen, die notwendigen und sinnvollen Aufgaben in den Griff zu bekommen. Ein fast schon „klassischer“ Ausweg scheint da die Zusammenarbeit von professionellen Fachkräften und hilfsbereiten Freiwilligen zu sein. Von bürgerschaftlichem Engagement, Zivilgesellschaft, trisektoraler Koproduktion, einem Welfare Mix oder einer Koproduktion bei der Erbringung sozialer Dienstleistungen ist die Rede. Eine nationale Engagement-Strategie soll eine tragfähige Engagement-Infrastruktur herbeiführen.

Doch können wir den eigentlichen Herausforderungen einer sich wandelnden Dienstleistungsgesellschaft damit wirklich begegnen? Instrumentalisieren der Staat und andere Ak-

teure damit nicht die Zivilgesellschaft, um billige Arbeitskräfte zu gewinnen? Ist bürgerschaftliches Engagement letztlich sozio-ökonomisch tragfähig, ist es bei der Transformation hin zu mehr personenbezogenen Dienstleistungen überhaupt nachhaltig?

4 | Parallelgesellschaften

Um die Soziale Arbeit und die Gestaltung der Wandlungsprozesse in den gemeinwohlorientierten Dienstleistungswelten könnte es in der Tat wesentlich besser bestellt sein, hätten wir es nicht zeitgleich vor dem Hintergrund globaler Machtverhältnisse mit Finanzmarktakteuren zu tun, die sich mit viel Geld und prächtig medial flankiert eine Parallelgesellschaft mit Schattenbanken und anderem mehr aufbauen konnten. Diese Akteure haben Beitragsmittel zur sozialen Sicherung (Stichwort „Privatisierung“) und Steuermittel (Stichwort „Niedrigsteuern“) Stück für Stück auf ihre Mühlen umgeleitet und es sogar vermocht, Staaten und Steuerzahler bzw. die Mittelschichten in die Gewährleistungshaftung für ihre Gewinne zu nehmen – ohne für ihre Finanztransaktionen auch nur einen einzigen Prozentpunkt Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer zu bezahlen, bereit von Steueroase zu Steueroase weiterzuziehen, in aller Herren Länder auf der Suche nach neuen Finanzquellen. Selbst ein Land wie Deutschland trägt zurzeit in Teilbereichen – wie zum Beispiel bei der fehlenden Vermögensbesteuerung sowie der tatsächlichen Besteuerung von Unternehmen und Banken – Züge einer Steueroase.

Hingegen wurde die am Gemeinwohl orientierte Soziale Arbeit zunehmend ausgedünnt und an den Rand gedrängt. Ein anschauliches neoliberales „soziales“ Leitbild findet sich in den USA: Hier gibt es kaum noch Sozialhilfe nach Bedarfslage und aktive Unterstützung, anzutreffen sind vielmehr Suppenküchen, Kleiderkammern und Obdachlosen asyls für die Armen, die durch bürgerschaftliches Engagement der Mittelschicht erbracht werden, eine Gesundheitsversorgung für die Armen durch bürgerschaftliches Engagement der Ärzte,

Rechtsvertretung durch bürgerschaftliches Engagement der Anwälte usw. Das, woraus sich kein Gewinn erzielen lässt, wird (wieder) der Barmherzigkeit anheimgestellt. Ein Leitbild, dem sich in Deutschland außer einigen Medien, Unternehmen und Bankenkreisen auch eine kleinere politische Partei in aller Form verschrieben hat. Ihr derzeitiger Vorsitzender hat es einmal in einer bekannten Talkshow sinngemäß so ausgedrückt: Die Menschen würden deshalb mehr Netto vom Brutto benötigen, weil sie die fehlende soziale Sicherung zukünftig selbst privat bezahlen müssten. Was für den Gesundheits- und Pflegebereich beispielsweise bedeutet, dass die Leistungsfähigkeit der sozial-gesetzlichen (Kranken-)Versicherung zusammengestrichen wird und die Steuern gesenkt werden, damit zusätzliche private Kranken- und Pflegeversicherungen und steigende Zusatzbeiträge bezahlt werden können. Dass die privatkommerziell erbrachten Leistungen letztlich ausgedünnt und teurer sind und immer weniger Menschen erreichen, wird dabei natürlich verschwiegen.

5 | Ist Arbeit eine Nebensache?

Gerade die dem Gemeinwohl verpflichtete Soziale Arbeit benötigt indes zweifellos eine weit bessere finanzielle Basis als wir sie heute vorfinden; eine solide Basis, von der aus personenbezogene Dienstleistungen nachhaltig entwickelt und finanziert werden können. Diese Basis wurde der Sozialen Arbeit in Deutschland sowie in einigen Ländern der EU und der OECD in den vergangenen Jahrzehnten in einem beträchtlichen Maße entzogen - in anderen Ländern, mit einer teils weit besseren ökonomischen Entwicklung als bei uns, übrigens nicht.

Bei den sozialen Dienstleistungen mussten, sollten oder wollten neben den Zivildienstleistenden in den vergangenen zehn Jahren immer mehr Freiwillige und seit fünf Jahren immer mehr sozial Hilfsbedürftige in die Bresche des Personalabbaus in der Sozialen Arbeit springen. Parallel zu diesem Prozess wurde eine all-

gemeine Niedrig- und Hungerlohnstrategie zur „Entwicklung“ von Dienstleistungen etabliert: mit Mini-Jobs, Leiharbeit, (Schein-)Selbstständigkeit beziehungsweise ihrer Begünstigung und Subventionierung sollten im Rahmen der so genannten Agenda-Politik neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Inzwischen ist klar: In diesem Prozess wurde existenzsichernde Beschäftigung verdrängt, Personalkapazitäten ausgedünnt und gerade die Arbeit in den Dienstleistungsbranchen prekärer gemacht. Besonders betroffen waren und sind übrigens (wieder einmal) Frauen.

Die Qualität der Dienstleistungen und der Sozialen Arbeit sowie die dazu notwendige Qualifizierung wurde im Rahmen der Agenda-Politik aus dem Blickfeld gerückt: Es sollte alles nur recht billig sein und möglichst noch billiger werden. Qualifizierung kostet hingegen Geld und qualifizierte Beschäftigte sollten dann auch besser bezahlt werden. Das wäre jedoch eine Ausrichtung, die sich wenig mit den magersüchtigen Modellen von neoliberaler Staatlichkeit, entwerteter sozialer Sicherung und rudimentärer Fürsorge verträgt.

6 | Prekäre Arbeitsmärkte

Unter derartigen Rahmenbedingungen wurden im Laufe der vergangenen zehn Jahre der Agenda-Politik im tertiären Sektor verstärkt prekäre Arbeitsmarktlanschaften entwickelt: Freiwillige, die nicht nur Zeit und ihr soziales Engagement mitbringen, sondern auch keine Aufwandsentschädigung erwarten, wurden beliebter denn je. Menschen, die gern ein kleines Zubrot verdienen möchten oder dringend etwas mehr Geld brauchen, konnten mit (pauschalen) Aufwandsentschädigungen von bis zu 175 Euro verpflichtet bzw. bei der Stange gehalten werden. Für die besonders Tüchtigen bzw. Unentbehrlichen winkt im günstigen Fall der so genannte Mini-Job mit 400 Euro pur oder plus Aufwandspauschale. Von 0 über 175 und 400 auf 575 Euro - so könnte man die Orientierungspunkte in einigen neueren Arbeitsmarktlanschaften pointiert zusammenfas-

sen; zunächst teilweise noch ohne, später dann in der Regel mit Unfallversicherung.

Für Jugendliche wurden über den Zivildienst hinaus Sonderprogramme eingerichtet, Tätigkeitsverhältnisse mit unterschiedlichen Bezeichnungen und mit Einkommen unterhalb des Sozialhilfesatzes; teils mit, teils ohne Sozialversicherung, die bei Jugendlichen und Frauen stillschweigend als Familienversicherung unterstellt wird.

Einen starken Auftrieb erhielt die Prekarisierung der Beschäftigungslandschaften im tertiären Sektor durch die so genannten Ein-Euro-Jobs, die zunächst von Sozialhilfeempfänger/innen erbracht und 2005 auf die Bezieher/innen von Hartz-IV-Leistungen ausgedehnt wurden. Der Lebensunterhalt und die soziale Absicherung dieses Personenkreises werden über das so genannte Arbeitslosengeld II gewährleistet. Eine eigenständige Existenzsicherung der Betroffenen – z.B. in Form einer öffentlich geförderten Beschäftigung in der Entgeltvariante – wird nur in seltenen Fällen für notwendig erachtet. Euphemistisch werden die mehr oder weniger freiwillig Gedungenen von einigen Akteuren gar als „Ehrenamtliche“ bezeichnet.

Das ganze Ausmaß an Verkennung und Dequalifizierung Sozialer Arbeit ergoss sich in den Medien, wenn es immer mal wieder darum ging, Lücken in gemeinwohlorientierten Arbeitsmärkten so billig wie möglich zu schließen: Aus den vom Arbeitsmarkt angeblickt so völlig entwöhnten Hartz-Empfänger/inne/n und hochgradig sozial Hilfebedürftigen wurden über Nacht für qualifizierte Tätigkeiten einsetzbare Menschen.

7 | Mehr und bessere soziale Dienstleistungen!

Was für ein Ausmaß an Verachtung und Missachtung der vielseitigen Anforderungen an hochwertige soziale Dienstleistungen! Was für eine Verkennung der Erfordernisse, moderne, qualitativ hochwertige Dienstleistungen, insbesondere bei personenbezogener Sozialer Arbeit

zu entwickeln und zu stabilisieren! Was für ein Mangel an Zivilcourage, an Engagement, sich den Notwendigkeiten einer sozial gerechteren, ökonomisch tragfähigeren und gesellschaftlich verantwortbareren Finanzierung sozialer Dienstleistungen zu stellen!

Soziale Arbeit verdient mehr Achtung, mehr Beachtung, mehr Ansehen, mehr Qualität, mehr Qualifizierung, bessere Arbeitsbedingungen und eine weit bessere Finanzierung – sowohl im Interesse derjenigen, die als Betroffene auf personenbezogene Dienstleistungen angewiesen sind, als auch derjenigen, die soziale Arbeiten erbringen. Nicht nur Menschenrechte, Humanismus und Demokratie, auch ökonomische Faktoren sprechen für mehr gesellschaftliche Ausgewogenheit, für einen umfassenden sozio-ökonomischen Ausgleich über Steuermittel und Sozialversicherungsbeiträge sowie für deren Einsatz zur Entwicklung moderner, besserer, personenbezogener Dienstleistungen.

8 | Beschäftigungsmotor Pflegeversicherung

Ein mittlerweile nahezu klassisches Beispiel der adäquaten Begleitung des gesellschaftlichen wie des wirtschaftlichen Wandels ist die Einführung und Stabilisierung der sozialgesetzlichen Pflegeversicherung. Die Transformation zur personenbezogenen Dienstleistungsgesellschaft wurde frühzeitig unterstützt und mit einer zwar bescheidenen aber beständigen finanziellen Basis versehen.

Kontraproduktiv sieht es hingegen bei den öffentlichen Infrastrukturen und der sozialen Daseinsvorsorge aus. Durch den an vielen Punkten herbeigeführten Ausfall von Steuermitteln und durch zahlreiche Steuergeschenke wurden mit den öffentlichen Mitteln auch soziale Dienstleistungen zurückgenommen und Infrastrukturen teils in die Privatisierung, teils in die Unterfinanzierung getrieben – mit den entsprechenden Konsequenzen für die am Gemeinwohl orientierten öffentlichen Dienstleistungen und die Beschäftigung im Dritten Sektor.

9 | Wegweiser aus Irrwegen?

Im Sinne einer mehr personenbezogenen Dienstleistungsgesellschaft, einer am Menschen ausgerichteten nachhaltigen Dienstleistungs- und Industriegesellschaft wird indes eine umfassende sozio-ökonomische Umgestaltung und deren Finanzierung benötigt: beispielsweise für eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung, eine sozialere Daseinsvorsorge, eine bessere Bildung sowie Aus- und Weiterbildung, eine bessere Integration bildungsferner Schichten, bessere Dienstleistungen in der Fürsorge. Dort, wo Mittel eingesetzt werden, können mehr und bessere Arbeit sowie bessere Dienstleistungen entstehen – dort, wo sie fehlen, nicht. Dies gilt gerade auch für die Soziale Arbeit.

Zur Umorientierung, zur Entwicklung einer zukünftig tragfähigen personenbezogenen Dienstleistungsgesellschaft muss die Zivilgesellschaft mit mehr bürgerschaftlichem Engagement beitragen, mit nachdrücklichem Engagement in den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, in der Öffentlichkeit, in den Parteien und auch in den Gewerkschaften. Die Zivilgesellschaft sollte das im Prinzip stärker tun und sich nicht darauf beschränken, eine grundlegend defizitäre Ausrichtung beim Wandel zur personenbezogenen Dienstleistungsgesellschaft durch Befürwortung und Unterstützung der Ausweitung prekärer Arbeitsformen auszugleichen. Freiwillige Helfer taugen in der Sozialen Arbeit weder als Heinzelmännchen, noch als Ersatz für schlechte sozio-ökonomische und gesellschaftliche Weichenstellungen.

Die Zivilgesellschaft muss sich umso dringlicher engagieren, da in den vergangenen Jahren die Mittel und die Instrumente für eine Begleitung, Abfederung und Flankierung der ökonomischen und sozialen Wandlungsprozesse eher weiter verringert als gesteigert worden sind. Die Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Leistungsfähigkeit der Sozialversicherungen und die Wirkungsmöglichkeiten der Fürsorge sind stärker unterfinanziert denn je. Die Löhne sanken im vergangenen Jahrzehnt ebenso wie das Niveau der sozialen

Sicherung und die Belastbarkeit von öffentlicher Daseinsvorsorge und Fürsorge. Armut wurde verstärkt, Kaufkraft reduziert, Arbeitsplätze wurden prekariert. Viele Menschen wissen immer weniger, worauf sie ihr Leben noch bauen können. Notlagen nahmen zu statt ab.

10 | Mehr und bessere Arbeit – Zeit für bürgerschaftliches Engagement

Vor diesem Hintergrund haben die Gewerkschaften erst recht bessere Arbeitsbedingungen, einschließlich eines existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohns, auf ihre Fahnen geschrieben. Hierzu gehören eine bessere soziale Sicherung und eine bessere öffentliche Daseinsvorsorge. Es geht vor diesem Hintergrund zugleich um eine gerechtere Besteuerung hoher Vermögen und großer Erbschaften. Es geht darum, mehr und zuverlässige Mittel für gemeinwohlorientierte öffentliche Infrastrukturen zu erwirtschaften und für zukunftssträchtige Dienstleistungen einsetzen zu können. Es geht darum, die Kommunen und den Staat aus der Verschuldungsfalle herauszuholen, statt ihn mit „Schuldenbremsen“ weiter hinein zu bugsiieren.

Mehr und bessere, existenzsichernde und gute Arbeit: Es geht dabei nicht um „Vollbeschäftigung“ um jeden Preis. Es geht um eine bessere Verteilung der Arbeitszeiten (Stichwort „hohe Teilzeit“) und der Arbeit, eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben (Stichwort „work-life-balance“) sowie um die Entwicklung sinnvoller Tätigkeitsfelder und der Erwirtschaftung der entsprechenden finanziellen Ressourcen.

Zudem geht es in derartigen Kontexten um eine auskömmliche finanzielle Unterstützung (seien es Mittel für Sachausgaben oder Aufwendungen) von gemeinnützigen Projekten, die im Rahmen des Leistbaren auch von bürgerschaftlichem Engagement begleitet werden sollten. Dabei ist das Element der Freiwilligkeit zu stärken, ökonomische Abhängigkeiten sind auszuschließen. Zwischen Erwerbsarbeit und freiwilligen Tätigkeiten muss sorgfältig unterschieden werden. Die Unterstützung des

bürgerschaftlichen Engagements aus öffentlichen Mitteln muss auf gemeinnützige Tätigkeiten in gemeinnützigen Kontexten fokussiert werden. Mehraufwendungen sind zu erstatten, damit auch einfach bemittelte Bevölkerungskreise Zugang zu bürgerschaftlichem Engagement haben können. Es bleibt verfehlt, bürgerschaftliches Engagement für unentgeltliche Arbeiten zu missbrauchen.

11 | Dienstleistungswelten gestalten

Über die Ermöglichung des bürgerschaftlichen Engagements hinaus ist die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di an einer Weiterentwicklung der Dienstleistungen mit qualitativ hochwertiger, zumindest existenzsichernder Erwerbsarbeit gelegen, sei es im Bereich der Wohlfahrt, des öffentlichen als auch des privaten Sektors. Dazu bedarf es solider Finanzierungen der öffentlichen Hand und der Sozialversicherungen durch eine umfassende Beteili-

gung aller gesellschaftlichen Akteure entsprechend ihrer Leistungsfähigkeiten.

Ver.di setzt sich für einen qualitativ hochwertigen Begriff von Dienstleistungen ein, tritt einer Prekarisierung und Dequalifizierung in den Dienstleistungsbranchen entgegen und wendet sich gegen eine Arbeitsmarktpolitik, die Niedriglöhne ausweitet und vertieft. Unser Anliegen ist, analog zu einer Industriepolitik auch eine dezidierte Dienstleistungspolitik zu fördern. Unser Ziel bleibt mehr und bessere Arbeit für mehr und bessere Dienstleistungen und bessere Entfaltungsmöglichkeiten auch jenseits der Erwerbsarbeitswelten.

Bernhard Jirku ist bei ver.di auf der Bundesebene für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zuständig. In den vergangenen Jahren war er in unterschiedlichen Kontexten mit örtlicher, regionaler, bundesweiter und europäischer Beschäftigungspolitik befasst. *Kontakt:* bernhard.jirku@verdi.de

Engagement und Partizipation in der Stadtentwicklung

Elke Becker

Man mag sich womöglich die Frage stellen, was bürgerschaftliches Engagement mit Stadtentwicklung zu tun hat. Eine erhöhte Aufmerksamkeit erhält diese Frage vor dem Hintergrund der Kürzungen in dem Förderprogramm „Soziale Stadt“. Dieser Beitrag versucht die aktuelle Situation einzuordnen.

Eigentlich gibt es inzwischen einen Konsens bei stadtentwicklungsrelevanten und -interessierten Akteuren: Der Ansatz der integrierten Stadtentwicklung ist notwendig, um Räume nachhaltig und akteursgerecht zu entwickeln. Hinter diesem Ansatz verbirgt sich

zum einen der Anspruch, betroffene Akteure in Raumentwicklungsprozesse – möglichst zielgruppenspezifisch – einzubeziehen. Zum anderen sollen durch ressort- und hierarchieübergreifende Zusammenarbeit bessere Kommunikation und Kooperation, mehr Transparenz und Effektivität erreicht werden. Auch wenn es für den Begriff der integrierten Stadtentwicklung keine verbindliche Definition gibt, ist er maßgeblicher Bestandteil der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“, die im Rahmen der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Mai 2007 von den für